



Protokoll der Beratung vom 09.06.2011

Anwesenheit:

	Mitglieder:	Sachkundige Bürger:	Gäste:
1.	Herr Neubert SPD/Grüne	Herr Schmidt KSB	Herr Weiße G III
2.	Herr Engler SPD/Grüne	Fr. Breitschuh-Wiehe SPD/Grüne	Frau Hansch FBL 51
3.	Herr Weisflog SPD/Grüne	Herr Lange DIE LINKE.	Herr Warchold FBL 41
4.	Herr Kettlitz SPD/Grüne	Herr Picl DIE LINKE.	Herr Bischoff FB 51
5.	Frau Richter DIE LINKE.	Frau Sidon CDU, FLC	Herr Lange PR
6.	Frau Piduch DIE LINKE.		Herr Rahmfeld FB 41/ VHS
7.	Frau Gerth CDU, FLC		Frau Klossek FB 41/ VHS
8.	Herr Dr. Schmidt CDU, FLC		Frau Otto Bibliothek
9.	Frau Luttert FDP		Herrn Wecke Stiftung Branitz
10.	Vertreter,		Frau Schulze FB 51/SaS
	Herr Richter DIE LINKE		Herr Seifert Schull. OSZ1
			Herr Bartels FB 51
			Frau Buder FB 51
			Herr Heinig FB 23
			Herr Sonnek FB 23
			Frau Grundke Freiwilligenagt.
			Herr Bärwinkel AG priMUS

TOP 1. Protokollkontrolle / Abstimmung zur Tagesordnung

Das Protokoll der Beratung vom 05.05.2011 wird in der vorliegenden Form bestätigt.

Abst.:
5:0:5

Der Ausschussvorsitzende Herr Neubert gibt folgende Änderungen und Ergänzungen der Tagesordnung bekannt:

- Unter TOP 2: Dem Ausschussvorsitzenden liegt ein Schreiben des Schulleiters des OSZ1 über den baulichen Zustand des Schulgebäudes vor. Der Schulleiter Herr Seifert erhält die Möglichkeit, sich dazu zu äußern.
- Des Weiteren bittet Herr Picl Informationen zur Tarifsituation und dem Warnstreik des Orchesters vor der Vorstellung „Aida“ im Staatstheater geben zu können.
- Der TOP 3.3. III-015/11 wird vorgezogen und als erstes nach Bestätigung der Tagesordnung behandelt.
- Zum TOP 3.1. III-005/11 liegt ein Änderungsantrag der Fraktionen SPD/Grüne und DIE LINKE vor. Frau Richter stellt den Antrag vor.
- Unter TOP 4 Informationen: Mit Bezug auf die Anfrage in der StVV v. 26.05. zur Standortentwicklung des Leistungssportzentrums der Bundespolizei wird Herr Weiße um Information gebeten.

Die Tagesordnung wird mit den Änderungen und Ergänzungen einstimmig bestätigt.

Abst.:
10:0:0

3.3.

Vorlage III-015/11

Herr Warchold erinnert an den durch die polnische Seite gestellten ersten binationalen deutsch-polnischen Antrag zum Welterbe Muskau. Auf Empfehlung MWFK des Landes Brandenburg soll die Stiftung auch einen eigenständigen Antrag erstellen, der durch das Land eingereicht wird.

Herr Wecke, Parkleiter der Stiftung FPM, führt aus, dass die Stiftung zweigleisig verfahren wird:

1. Branitz stellt einen eigenständigen Antrag auf Aufnahme in die Tentativliste
2. Ergänzungsantrag - Erweiterung der Flächen von Muskau u. a. um die von Branitz

Herr Kettlitz ergänzt, dass die Strategie in der Stiftungsratssitzung vom 02.05.2011 so besprochen und beschlossen worden ist.

Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen ist festzustellen, dass Welterbestätten auch durch den Bund gefördert werden.

2. Berichte und Informationen

2.1. Der Ausschussvorsitzende verliest das an ihn gerichtete Schreiben des Schulleiters des OSZ 1. Das Schreiben wird dem Protokoll als Anlage beigelegt. **Herr Seifert** macht Ausführungen zum baulichen Zustand des Gebäudes OSZ1. Im Besonderen handelt es sich um Risse in der Bausubstanz.

Es wurde in Absprache mit dem Fachbereich Immobilien ein Gutachten in Auftrag gegeben. Der Bericht der Bausachverständigen liegt noch nicht vor. Nach Information von **Herrn Sonnek**, FB Immobilien, soll nach mündlicher Mitteilung des Sachverständigenbüros aber keine Gefährdung für den laufenden Schulbetrieb bestehen. Das Gebäude müsste lt. der Bausachverständigen insgesamt betrachtet werden.

Herr Neubert und weitere Ausschussmitglieder hinterfragen, ob die Statik im Gutachten mit betrachtet wurde, diese spiele eine wesentliche Rolle. Das Thema sollte im Zuge der kommenden Haushaltsdiskussionen nochmals aufgegriffen werden, so **Frau Richter**.

Festlegung:

FL Der FB Immobilien wird beauftragt, den Ausschuss nach der Sommerpause oder in einer Herbstsitzung über den Stand des weiteren Verfahrens zu informieren. Die Fachausschüsse Wirtschaft/Bau/Verkehr und Haushalt /Finanzen sind über die Problematik ebenfalls in Kenntnis zu setzen.

2.2. Herr Picl informiert den Ausschuss über die unbefriedigende tarifliche Situation für das Orchesterensemble des Staatstheaters als Teil der Brandenburgischen Kulturstiftung und verweist in diesem Zusammenhang auf die Erklärung des Orchesters an das Publikum anlässlich des Warnstreiks vom 05.06.2011 am Staatstheater vor der Vorstellung „Aida“.

In den nächsten Tagen finden gemeinsame Gespräche zwischen Intendanz, dem MWFK und dem Personalrat statt. Ergebnis des Gespräches soll sein, dass sich das Land stärker als bisher zum Staatstheater als Mehrsparten-Theater positioniert.

In diesem Zusammenhang übermittelt **Herr Picl** die Einladung des Intendanten an den Ausschuss, eine der nächsten Sitzungen im Staatstheater durchzuführen. Der Vorschlag wird durch den Ausschuss angenommen und das Interesse zur Besichtigung des Hauses mit Aussagen zur baulichen Planung und Gesamtbetrachtung zur Trägerschaft der Stiftung signalisiert.

3. Beschlussvorlagen

3.1. Vorlage III-005/11

Frau Richter informiert mit Verweis auf den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktionen SPD/GRÜNE und DIE LINKE v. 08.06.2011 auf die Überlegungen der Fraktionen, die Mahnentgelte zur Gegenfinanzierung des im Antrag enthaltenen Vorschlages der Entgeltbefreiung für Kinder zu verdoppeln.

Die Anregungen und Vorschläge der Fraktionen wurden durch die Verwaltung aufgenommen. Dazu liegt dem Ausschuss ein aktueller Vorschlag der Verwaltung vor.

Herr Kettlitz äußert, dass mit den vorliegenden Änderungen nun ein guter Kompromiss mit Verweis auf den Beschluss HSK und der damit geforderten Einnahmeerhöhung erreicht wurde.

Die Verwaltung wird mit der redaktionellen Bearbeitung der Vorlage beauftragt. Dabei ist der Begriff Kinder durch Schüler mit gültigem Schülerschein zu ersetzen.

Die Vorlage III-005/11 wird mehrheitlich zur Beschlussfassung empfohlen.

Abst.:

9:0:1

3.2. Vorlage III-008/11

Herr Warchold verweist auf das seit 2010 beschlossene Haushaltssicherungskonzept zur Überprüfung der Entgelte. Die vorhandenen Entgelte sind seit Frühjahr 2007 gültig. Der Vorschlag sieht eine Differenzierung vor. Als Schwerpunkt für die Volkshochschule werden die Kernthemen Sprachen sowie Arbeit und Beruf gesehen.

Die Vorlage III-008/11 wird einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Abst.:

10:0:0

3.3. Vorlage III-009/11

Frau Hansch führt aus, dass in der Altersklasse 0 – 6 zum Schuljahreseintritt ein Anstieg von 300 Kindern und damit eine erhöhte Inanspruchnahme der Einrichtungen zu verzeichnen ist. Die Bedarfe werden gedeckt. Kurzfristige Bedarfe werden durch die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung gesichert. Jedes Kind, welches einen Rechtsanspruch hat, kann diesen auch wahrnehmen. Entsprechend Wunsch- und Wahlrecht nach Kita-Gesetz Land Brandenburg erhalten Kinder aus anderen Gemeinden nur einen Platz in Cottbus, wenn die Bedarfe für die Cottbuser Kinder gesichert sind und noch freie Plätze vorhanden sind. Die Finanzierung wird über die beschlossene Kita-Finanzierungsrichtlinie per Kostenausgleich geregelt. Gegenwärtig befindet sich die Stadt mit den Gemeinden bezüglich der nicht umlegbaren Kosten in Verhandlungen. Im Bereich der Tagespflege wird deutlich, dass die Kinder in der Stadt mit 262 Plätzen in Kooperation mit freien Trägern gut betreut werden. Auf die Nachfrage **Frau Gerth**, ob die Stadt bei höherer Inanspruchnahme auf Reserven zurückgreifen kann antwortet **Frau Hansch**, dass die Tagespflege bei erhöhten Bedarfen weiter ausgebaut wird. Die Träger reagieren darauf mit flexiblen Arbeitsverträgen.

Herr Richter bestätigt die Darlegungen und verweist auf die 1. Lesung im Jugendhilfeausschuss und der abschließenden Behandlung am 14.06. Die Mitglieder der AG 78 haben in ihrer Sitzung am 13.05. einstimmig die Empfehlung zur Beschlussfassung erteilt. **Herr Richter** unterstreicht die positive Steuerung des Prozesses durch die Verwaltung.

Die Vorlage III-009 wird einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Abst.:

10:0:0

3.5. Vorlage III-010/11

Herr Bartels erläutert das mit den Trägern der Freien Jugendhilfe, den Vereinen und zahlreichen Ehrenamtlichen erarbeitete Papier, welches am 2009 beschlossenen Grundlagenbericht mit hoher Qualität und Vielfalt anknüpft. Dabei geht er näher auf die offene Jugendarbeit ein (§§ 11 – 14) ein.

Herr Richter ergänzt, dass sich die finanzielle Ausgestaltung wie 2010 verhält, es aber aus den Diskussionen mit den Trägern und der Stadtverwaltung mit tendenziell sinkenden Mitteln zu rechnen ist. Dies wird mit den Tarifierpassungen bei den öffentlichen Trägern begründet. Der Sozialausschuss hat in seiner gestrigen Sitzung seine Zustimmung erteilt. **Herr Richter** rechnet auch am 14.06. mit einem positiven Votum des Jugendhilfeausschusses.

Die Vorlage wird einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Abst.:

10:0:0

3.6 Vorlage III-011/11

Herr Weiße bezieht sich auf die Umsetzung der Gesetzgebung SGBII – Bildung und Teilhabe. Im Zuge der Umsetzung ist zu prüfen, welche Rahmenbedingungen zu erlassen bzw. gegenwärtig bestehen. Die Verwaltung sieht im Gegensatz zur Satzung der Schulspeisung keinen Handlungsbedarf in der Aufhebung der Satzung der Schülerbeförderung, da die Eltern hier günstiger gestellt werden. Bei der noch gültigen Satzung für die Schulspeisung muss ein Eigenanteil von 1,24 € geleistet werden, mit der Umsetzung von Bildung und Teilhabe würde der Eigenanteil 1,00 € betragen. Der Kreis der Anspruchsberechtigten ist um die Empfänger von Wohngeld und Bundeskindergeldzuschlag erweitert worden. Die bisherige Begrenzung auf die Jahrgangsstufe 8 entfällt. Das Teilhabegesetz bietet hierfür mehr Spielräume. Auf Nachfrage von Herrn Kettlitz zur Ausfinanzierung des Bundes, antwortet **Herr Weiße**, dass der Bund die Leistungen zu 100 % finanziert. Dazu wird die Erstattung der Kosten der Unterkunft durch den Bund prozentual erhöht. Eine genaue Abschätzung über die tatsächliche Inanspruchnahme kann die Verwaltung erst Anfang nächsten Jahres vorlegen; das Jahr 2011 ist auskömmlich finanziert.

Herr Weißflog fragt nach, ob die Mittel die dadurch eingespart werden, anders verwendet werden. **Herr Weiße** beantwortet die Frage mit einem klaren Nein, da der Einsparwert nur eine Haushaltsgröße darstellt. Andererseits, so **Herr Kettlitz**, könnte wie am Beispiel der Finanzierung der Freiwilligenagentur verfahren werden. Die Möglichkeit sollte für die nächsten Haushaltsdiskussionen in Betracht gezogen werden.

Die Vorlage wird einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Abst.:

10:0:0

3.7. Vorlage III-013/11

Herr Weiße stellt die Vorlage vor. Frau Materna wird in Doppelfunktion in ehrenamtlicher Tätigkeit die Interessen der Kinder und Jugendlichen vertreten und bittet der formalen Benennung der Person die Empfehlung zur Beschlussfassung zu erteilen.

Die Vorlage wird mehrheitlich zur Beschlussfassung empfohlen.

Abst.:

9:0:1

4. Informationen, Anfragen, Anträge

4.1. Informationen zum Bildungs- und Teilhabepaket

In Ergänzung zu den bereits geäußerten Ausführungen unter TOP 3.6 in Verbindung mit der Vorlage III-011/11 ergänzt **Herr Weiße**, dass gegenwärtig 2.800 Anträge vorliegen. Momentan sind nur 4 Beschäftigte für die Antragsbearbeitung tätig. Die Bescheiderteilung kann aufgrund der Personalsituation noch nicht zur Zufriedenheit erfolgen. Die Situation soll mit 2 weiteren Mitarbeitern weiter stabilisiert werden. Gegenwärtig laufen die Gespräche mit den Anbietern der Schulspeisung und zu den Vertragsabschlüssen mit den Anbietern der Lernförderung. Dabei müssen sich die Schulen den großen Anforderungen und Herausforderungen stellen. **Herr Neubert** bekräftigt die beschriebene Situation und ergänzt, dass sich die Schulen ein Schulkonto bei der Sparkasse Spree-Neiße einrichten können, damit die Umsetzung an Schule geregelt werden kann.

4.2. Information zur Standortentwicklung des Leistungssportzentrums der Bundespolizei

Die Nachfrage zum Stand des Leistungssportzentrums in der StVV Mai ist in den zuständigen Ausschuss verwiesen worden. **Herr Weiße** bezieht sich dazu auf die Anfrage des MdL, Herrn Maresch, zum Verbleib des Leistungssportprojektes der Bundespolizei am Standort Cottbus. Danach wurden sowohl die Mitglieder des Landtages als auch die Mitglieder des Bundestages einbezogen. Mit Einwirkung von Politik stellt sich der derzeitige Sachstand so dar, dass über eine Standortverlagerung noch keine endgültige Entscheidung getroffen wurde und Cottbus damit wieder als dritter Standort zur Diskussion steht.

In der StVV am 29.06. wird die Verwaltung dazu eine Aussage treffen.

5. Sonstiges

Information aus dem Stiftungsrat Schloss und Park Branitz

Herr Kettlitz informiert aus der Stiftungsratssitzung vom 02.05.11

- gemeinsame Dachmarke Pückler und Muskau
- Gartenfestival
- Welterbe-Antrag

Der Ausschuss bittet die Verwaltung zu prüfen, ob der Tätigkeitsbericht des Stiftungsdirektors als Anlage zum Protokoll beigefügt werden kann.

Frau Richter äußert sich lobend über die Premiere des Gartenfestivals. Die von **Herrn Richter** kritische Anmerkung zur Erhebung eines Eintrittspreises für Besucher des Gartenfestivals wird im Auswertungsgespräch mit dem Veranstalter auch in Vorbereitung auf das kommende Festival durch die Stiftung berücksichtigt.

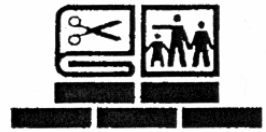
Schuppan/Bischoff

Protokollführung

Anlage

- Schreiben Schulleiter OSZ1 an den Ausschussvorsitzenden (s. TOP 2.1)

Anlage



OBERSTUFENZENTRUM I · COTTBUS

OSZ 1, Sielower Straße 10, 03044 Cottbus

Lausitzer Sportschule
Vorsitzender des Ausschusses für
für Bildung, Schule, Sport
und Kultur
Herrn Neubert
Lenestr. 1-4
03050 Cottbus

Haus A
Sielower Straße 10
03044 Cottbus
Telefon: (03 55) 7 84 36 10 01
Telefax: (03 55) 7 84 36 10 10
Email: OSZ1Cottbus@gmx.de

Haus B
Sandower Str. 19
03044 Cottbus
Telefon: (0355) 797671
Fax: (0355) 791130

Unser Zeichen:
Seifert

Datum: 06.06.2011

Sehr geehrte Mitglieder des Bildungsausschusses,

ich bitte Sie, am 09.06.2011 folgende Angelegenheit vortragen zu dürfen:

Im Jahr 1998 erfolgte die Grundsteinlegung des Neubaus OSZ Cottbus, und das Gebäude wurde ca. 2 Jahre später bezogen.

Bereits nach 5 Jahren wurden Risse in der Bausubstanz sichtbar, die im Rahmen einer kleinen Bauunterhaltung von unseren Auszubildenden behoben wurden.

Diese Risse haben sich in der letzten Zeit in Decke, Wand und Fußboden so verstärkt, dass eine Bausachverständige beauftragt werden musste, um festzustellen, ob die Statik des Gebäudes in Mitleidenschaft gezogen wurde (**das Gebäude ist erst 12 Jahre alt!**).

Als Ergebnis der Begutachtung wurde empfohlen „Stürze“ über den Türen einzubauen. Dies war für den Sommer 2011 vereinbart.

Ich erhielt nun die Mitteilung, dass dafür kein Geld vorgesehen sei und bis auf Weiteres nichts am Gebäude repariert wird.

Ich sehe nun die Gefahr, dass sich dadurch die Risse weiter vergrößern und Folge Reparaturen ein Vielfaches der jetzigen Leistung beanspruchen werden.

Ich bitte Sie um Bewilligung der Gelder, das Gebäude in seinem Wert und seiner Funktionstüchtigkeit zu erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Seifert
Schulleiter OSZ Cottbus